GÖTTINGER BLÄTTER Februar 2024

Die Linke im Kreistag \star VVN \star FG Cuba \star DKP \star Grobian \star GöLinke

Es geht um mehr als Agrardiesel und KFZ-Steuer



Schon bei den ersten Treckerdemos haben interviewte Bäuerinnen und Bauern deutlich gemacht, dass es ihnen nicht nur um KFZ-Steuer und Agrardieselverbilligung geht. Das Ausmaß der Demos hat eine neue Qualität erreicht. Der Frust und der Zorn von Bäuerinnen und Bauern hat sich über viele Jahre aufgebaut, vor allem wegen der desolaten Agrapolitik der vergangenen Jahre (von 2008 bis 2018 nur Agrarminister der CSU!). Dafür gibt es viele Gründe:

Es gibt keine fairen Preise für die erzeugten Lebensmittel durch die marktbeherrschende Nahrungsmittelindustrie. So wurde z.B. die Praxis von Molkereikonzernen nie unterbunden, die Milch unter den Produktionskosten einzukaufen. Notwendig ist ein Lebensmitteleinzelhandel, der seine Marktmacht nicht zu Lasten der Bäuerinnen und Bauern ausnutzen darf.

Die Boden- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen klettern durch den Einstieg von außenlandwirtschaftlichen Investoren immer weiter. Keine Bundes- oder Landesregierung hat bisher Anstrengungen unternommen, den Grundstücksverkehr von Ackerland davor zu schützen. Seit Jahren finden auf dem Bodenmarkt Konzentrationsprozesse statt. 2020 betrug die durchschnittliche Pacht für einen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche 329 Euro und war damit 61 Prozent höher als 10 Jahre zuvor und das bei einem bundesweiten Anteil an Pachtfläche von über 50%. Dabei sind dies die Kosten für das wichtigste und knappste Produktionsmittel in der Landwirtschaft.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union besteht zu einem großen Teil aus einer Förderung der Landwirtschaft durch Zahlungen pro Hektar. Da sich die Höhe dieser Prä-



mie damit an der Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes bemisst, profitieren aktuell immer die größeren Betriebe. Um eine Wende hin zu umweltschonenderen Anbaumethoden zu ermöglichen, müssen diese Gelder noch stärker an Umweltleistungen durch die landwirtschaftlichen Betriebe gebunden werden. Die Devise muss heißen, öffentliches Geld für öffentliche Leistungen für die Schonung der Umwelt.

Mit Hilfe der Einführung von gentechnischen Züchtungsmethoden soll über Patentrechte das Geschäft mit Saatgut von marktbeherrschenden, multinationalen Konzernen auf Kosten der Landwirtschaft noch profitabler werden.

Diese Aufzählung ist sicher nicht vollständig, macht aber deutlich, dass der Deutsche Bauernverband trotz oder wegen seiner Nähe zu den Agrarministern von CDU/CSU die Interessen der Mehrheit seiner Mitglieder nicht

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae 2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen Telefon: 05503 3008

Inhalt

Zornige Bauern	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2024 ist der 15. Februar. Auslieferung ab 19. Februar

Veranstaltungen

14. Februar, Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, 19.00 Uhr:

Plenum des Göttinger Friedensforum Mehr Infos unter: goettinger-friedensforum@lists.posteo.de

16. Februar, , Jona-Gemeinde Grone, 18.30 Uhr:

Winterkino Grone: "Vater & Sohn kommen nach Lappland"

Mehr Infos auf der Seite von Grobian 21, Febr., Holbornsches Haus, Rote Str. 34

Gewerkschaften und ihre Antwort auf die Krisen

Mit: Richard Detje

Richard Detje ist Mitglied im Forum Gewerkschaften der Zeitschrift »Sozialismus« und Vorstandsmitglied der Rosa Luxemburg Stiftung

Mehr Informationen auf der Seite der Göttinger Linke

vertreten hat. Wie kann es sonst sein, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (...)

Fortsetzung: Gö-Linke-Seite

GÖTTINGER BLÄTTER





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

https://niedersachsen.vvn-bda.de • https://antifa.vvn-bda.de

Veranstaltungsbericht:

Das Gedenkkonzept der Stadt Göttingen - mit Rainer Driever, Historiker und Kristin Kalisch, Leiterin des Stadtarchivs

Am Mittwoch, 10. Januar, wurde die Veranstaltung pünktlich um 19 Uhr mit einer Einleitung von Jörg Janßen (Geschichtswerkstatt Göttingen) in den Räumender Ausstellung "Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939–1945" begonnen. Mit rund 30 Teilnehmer*innen war die Veranstaltung vollständig besetzt.

Zunächst führte Rainer Driever, Historiker und maßgeblicher Autor des Gedenkkonzeptes der Stadt Göttingen, in die Geschichte von städtischen und kommunalen Gedenkkonzepten in der Geschichte der BRD ein.

Er bemerkte, dass die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten und an den deutschen Faschismus zwar seit Gründung der Bundesrepublik im Fokus stünde und ausdrücklich gewünscht und gefördert sei, das Ausmaß der Gedenkarbeit jedoch immer wieder von der politischen Färbung des Bundes und der Länder abhängig war, sprich: eine Ausprägung je nach Agenda der Regierenden Partei/en. Es ginge einvernehmlich darum, die Würde der Geschädigten zu bewahren, zu Sensibilisieren und den Verfolgten Zuflucht zu gewähren.

Der Fokus allerdings läge bisweilen stets auf dem Gedenken an die jüdischen Geschädigten sowie den Widerständler*innen der Weißen Rose, müsse jedoch auf alle geschädigten Gruppen ausgeweitet werden. Hier wurde zum Beispiel der politische Widerstand, Homosexuelle, Deserteure, Künstler*innen und Fluchthelfer*innen genannt. Diese Gruppen seien bei der Gedenkarbeit bundesweit weitestgehend übergangen worden, wenn auch es vereinzelte Projekte gibt, welche genannten Gruppen ein Gedenken möglich machen.

Rainer Driever machte hier deutlich auf die Notwendigkeit aufmerksam, dass die Städte und Kommunen die Zusammenarbeit mit den Universitäten suchen sollten und müssten. Nur so könne eine faktische und wissenschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen gelingen.

Um die Gedenkarbeit bzw. das Gedenkkonzept der Stadt Göttingen voranzutreiben, wird daher die Konzeption und Umsetzung einer gesamtheitlichen Datenbank/Erinnerungsportal angestrebt. Hier sollen u.a. Zeitzeugenberichte und Listen von Verfolgten, Widerständler*innen und Täter*innen abrufbar sein; alles unter entsprechenden Quellenangaben und Literaturlisten zur weiteren Information.

Diese Datenbank befinde sich zwar bereits im Endstadium des Konzeptionsprozesses, wird in der Umsetzung allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da noch ein dazu passendes pädagogisches Konzept erarbeitet werde.

Die Gründe für die enorme Dauer dieses Projektes wurden dann von Kristin Kalisch, Leiterin des Stadtarchivs Göttingen, erörtert.

Zunächst ging Frau Kalisch nochmal auf den Ursprung des Gedenkkonzeptes ein. Dieses wurde 2018 einstimmig beschlossen. Die damalige Kulturdezernentin und heutige Oberbürgermeisterin, Frau Petra Broistedt, wollte dafür allerdings nicht über das bestehende Personal sowie die vorgesehenen Haushaltsmittel von 10.000 €pro Jahr hinausgehen, womit eindeutig klar werde, dass die Dauer der Umsetzung der Datenbank an den eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten läge.

Zwar wurden 2022 weitere 15.000 €an Haushaltsmitteln freigegeben, jedoch für die Forschung an der Kolonialvergangenheit der Stadt (eine Erststudie liegt vor), sowie 5.000 €für den Ehrenstein auf dem Hauptfriedhof (welche nicht einmal die Hälfte der Gesamtkosten gedeckt hätten). Im Jahr 2023 hätte es allerdings erfreulicherweise eine Auf-

Termine:

Dienstag, 20. Februar 24, 16:30 Uhr Antifaschistischer Stammtisch Treffpunkt ist das "Cafe INTI", Wilhelmsplatz, Göttingen.

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.



stockung auf insgesamt 15.000 €für die Arbeiten am Gedenkkonzept gegeben.

Der Forderung, die Stelle für Gedenkarbeit der Stadt Göttingen von 0,25 (sprich 10 Wochenstunden) auf 1,5 aufzustocken, um diese auf eine pädagogische und eine historisch wissenschaftliche Kraft aufzuteilen, wurde bisher aber nicht nachgekommen.

Wer über das Fortschreiten des Gedenkkonzeptes bzw. des Erinnerungsportals auf dem Laufenden bleiben möchte hat es nicht leicht. Das Protokoll des Kulturausschusses, welcher alle 4 Wochen tagt, ist auf der Website der Stadt nicht gerade einfach zu finden. Es gäbe aber wohl die Möglichkeit, den Newsletter der Stadt zu abonnieren und darüber Informationen über das Gedenkkonzept zu erhalten; dass dieses von der Stadt nicht gerade beworben wird, geschweige denn prominent abzurufen oder einzusehen ist, lässt sich als äußerst unglücklich bewerten. Die aktuelle städtische Politik ist, wie so oft zuvor, kein allzu ausgeprägtes Interesse an Gedenken zu haben.



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

13. Februar, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße





Neue Krankenwagen für alle Provinzen

Die Regierung hat 99 medizinische Transportfahrzeuge im Wert von vier Millionen Dollar importiert, um die medizinische Notfallversorgung im Land zu verbessern Autor: Redacción Nacional | informacion@granma.cu

Gesundheitsminister José Angel Portal Miranda, erklärte in den sozialen Netzwerken, dass die Krankenwagen, die bereits im Land sind, "der Schlüssel zur Verbesserung des medizinischen Transports in den Provinzen und in der Sondergemeinde Isla de la Juventud sein werden".

Von der Gesamtzahl der Fahrzeuge haben 50 null Kilometer, wie aus einem Bericht Im Fernsehen hervorgeht in dem es heißt, dass das Joint Venture MCB Comercial für die Einfuhr und den Empfang der Ausrüstung zuständig war und auch die Arbeit nach der Inbetriebnahme übernehmen werde.

Der Verkehrsminister Eduardo Rodríguez Dávila sagte, dass dies der erste Schritt in einem Programm zur schrittweisen Verbesserung der sanitären Transportdienste im Land sei

Obwohl dies nicht ausreiche, um den Bedarf zu decken, wird jede Provinz vorerst vier bis fünf Krankenwagen erhalten, wobei den Notarztwagen Vorrang eingeräumt wird, wie aus dem Verkehrsministerium verlautete



EINE MILLION UNTERSCHRIFTEN.

Für die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Unterstützer des Terrorismus und ein bedingungsloses Ende der Blockade.

Aufruf:

Kuba lebt und leistet Widerstand!

Homepage:

CUBA VIVE Y RESISTE!

Kuba und China weihen neue Klinik für Augenheilkunde

Die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten kam bereits mehr als 400 000 Patienten zugute

Autor: Cubaminrex | internet@granma.cu

Vertreter Kubas und Chinas weihten den neuen Sitz eines Krankenhauses für Augenheilkunde ein, in dem Spezialisten aus beiden Ländern arbeiten. Die Zusammenarbeit besteht seit mehr als zehn Jahren, wie die Website Cubaminrex berichtet. Nach Angaben der Generalkonsulin der Insel in Shanghai, Mileidy Aguirre, geht der medizinische Austausch in diesem Fachbereich zwischen Kuba und der Provinz Anhui auf die langfristige Vision der Staatsoberhäupter Fidel Castro und Hu Jintao zurück.

Die Diplomatin versicherte, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien im Laufe der Jahre mehr als 400.000 Patienten zugutegekommen sei, was zu einer großen Akzeptanz in der lokalen Bevölkerung geführt habe. "Der neue Hauptsitz der Klinik Freundschaft Kuba-China ist ein weiterer Meilenstein in der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich", sagte sie.

Die Konsulin wiederholte ihren Dank an die chinesische Regierung, an Unternehmen und insbesondere an das 2. Anhui Volkskrankenhaus, "für die Übersendung von Tonnen medizinischer Hilfsgüter, die unentbehrlich sind, um die Blockade der USA im Rahmen des Kampfes gegen die Pandemie zu durchbrechen" in dem Antillenstaat.

An anderer Stelle wies sie auf die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Kuba und China hin und hob insbesondere den Konsens hervor, der zwischen den Präsidenten Miguel Díaz-Canel und Xi Jinping erzielt wurde.

In Anhui erhielten die kubanischen Ärzte zahlreiche Auszeichnungen für ihre Dienste, darunter die Ehrenmitgliedschaft in der Vereinigung ausländischer Persönlichkeiten und den Anhui Guter Arzt Preis, der von den Gesundheitsbehörden der Provinz verliehen wird, berichtet Cubaminrex.



Von Russland gespendete Feuerlöschfahrzeuge an Kuba übergeben

Die Spende dient dazu, die Kapazitäten der kubanischen Brandbekämpfung in Treibstofflagern, Flughäfen, Häfen und anderen Einrichtungen mit den von der russischen Firma Ural hergestellten

Autor: Francisco Arias Fernández | internet@granma.cu Fahrzeugen zu erhöhen

Innenminister, Generalmajor Lázaro Alberto Álvarez Casas, leitete die Zeremonie der Übergabe von Feuerwehrfahrzeugen, die Kuba vom Ministerium für Notfallsituationen der Russischen Föderation gespendet wurden, sowie den Abschluss der Ausbildung und Zertifizierung kubanischer Feuerwehrleute, die diese Fahrzeuge nutzen werden.

Der Botschafter der Russischen Föderation auf der Insel, Victor Koronelli, überreichte dem Minister symbolisch die Ausrüstung und brachte zum Ausdruck, dass diese Solidaritätsaktion das Ergebnis der positiven bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Der Leiter der kubanischen Feuerwehr, Oberst Luis

Carlos Guzmán Matos, bedankte sich für die Spende von 21 Fahrzeuge mit Ausrüstungen des Unternehmens Ural, die die Kapazitäten für die Bekämpfung von Bränden in Treibstofflagern, Flughäfen, Häfen und anderen Einrichtungen erhöhen werden. Auch die russischen Ausbilder wurden bei der Zeremonie gewürdigt, und die kubanischen Auszubildenden erhielten ihre Zertifikate, die sie für das Führen und Bedienen der modernen Ausrüstung qualifizieren.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, https://goettingen.dkp.de ★ goettingen@dkp.de

Wer sich wehrt, ist verkehrt?

Kaum begehren die Bauern auf, werden in Ihren Reihen schon die üblichen neuen Feindbilder ausgemacht.

Es musste nur der Vizekanzler angegangen werden und sie sind auf dem Tableau: Nazis. Es ist wohl die Kehrseite des ständigen Einzeltäterparadigmas. Wobei es in diesem Fall natürlich nützlich ist, darauf mal nicht zu setzen. Denn so kann man den Protest der Bauern direkt im Gesamten delegitimieren. Man nimmt die markantesten und radikalsten Statements, beleuchtet die Initiativen vom Rechten Rand und kann damit alle anderen. wesentlichen Forderungen verwischen. Es fällt auf, dass die meisten Meldungen dominiert werden von hängenden Ampeln und Umstürzlern. Worum es den Bauern eigentlich geht, geht dabei meist unter. Erst recht nicht werden die Proteste in ihren größeren Kontext eingeordnet. Und der besteht eben über das System der Subventionen hinaus etwa in der Preispoltik der Einzelhandelsmonopole und der Tendenz zu Zentralisierung und Monopolisierung in der Landwirtschaft, die durch die angekündigten Einsparungen noch verstärkt würde. Und das, wie üblich, vor allem zu Ungunsten der kleinen Höfe (und damit auch der ökologischen Landwirtschaft).

Der Protest der Bauern ist legitim, zeigt er doch nur die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse - die steigenden Preise und Haltungskosten. Die Spar- und Kürzungspolitik der Ampel betrifft ja nicht nur die Bauern und ihr Hintergrund sind Wirtschaftskrieg und Aufrüstung. Die Bauernproteste sind ein kleiner Baustein im aktuellen Klassenkampf und so sollten sie auch betrachtet werden. Dieses Jahr beginnt mit, für deutsche Verhältnisse, starken Protestwehen. Nicht nur die Bauern protestieren, es sind auch Arztpraxen, Apotheken und Handwerksbetriebe, die relativ regelmäßig in den Medien erscheinen. Es scheint, als würde das Kleinbürgertum aufbegehren und unsere Rolle sollte sein, diese Proteste zu unterstützen und selbstredend eigenen vor allem auch gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Ampel und ihre

Kriegs- und Kürzungspolitik zu initiieren. Die Kreativität, mit der diverse Proteste verunglimpft werden, ist in der Bundesrepublik sehr bekanntermaßen sehr ausgeprägt. Immer vorneweg die Springer Presse, die in progressiven Bewegungen relativ schnell ein Feindbild sieht und dagegen vorgeht. Werden die Bauernproteste auf der einen Seite pauschal als rechts verunglimpft, so werden sie von Seiten der rechten bürgerlichen Opposition umarmt, um ihnen so, ganz auch im Sinne des Deutschen Bauernverbandes, die Spitze zu nehmen. Denn Gottbewahre, wenn sich andere gesellschaftliche Gruppen ein Beispiel nähmen am Widerstand der Bauern und etwa sogar hinterfragen, warum denn bei allem Sparen die 100 Milliarden für das Militär nicht angetastet werden dürfen



Mitgliederversammlungen Februar 24

Dienstag, 6. Februar

Das Thema der Versammlung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

Dienstag, 20. Februar Jahreshauptversammlung

Vorschlag zur Tagesordnung:

- Eröffnung und Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung
- 2) Wahl der Wahlkommission
- 3) Rechenschaftsbericht
- 4) Diskussion
- 5) Entlastung des Sprecherkreises/ Kreiskassierers
- 6) Wahlen
 - Entscheidung über Spreche rInnenkreis/Vorsitzende
 - Wahl des Leitungsgremiums der DKP Göttingen
 - Wahl der Revisionskommission
- 7) Antragsberatung und ggf. Beschlussfassung Schlusswort





GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)

Mail: grobian-grone.web.deTreffen: Montags, 19.00 Uhr





Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

○ Mieter*innen der LEG wehren sich

Der Verein IN Grone, die Stadtteilgruppe GiG und die Mieterinitiative hatten in Absprache mit dem Dt. Mieterbund am 8. Januar die von den unerhörten Nebenkostennachzahlungen Betroffenen ins Nachbarschaftszentrum eingeladen! Ziel der Versammlung war es, eine Prüfgemeinschaft zu bilden, die die beitretenden Mieter*innen kollektiv vertreten kann. Rd. 200 Mieter*innen waren der Einladung gefolgt!

Waren früher schon die Nebenkostenabrechnungen der ADLER AG, die pünktlich ein paar Tage vor Weihnachten hereinschneiten, eine böse Überraschung für sehr viele Mieter*innen, so ist dies in den vergangenen zwei Jahren – seit die LEG die Wohnungen übernommen hat – ein Alptraum geworden. Wie in der Januar-Ausgabe bereits berichtet, gab es in diesem Jahr Nebenkostennachzahlungen bis zu 9.800 Euro für das Jahr 2022 und bis zu 300 Euro monatliche Erhöhungen der Vorauszahlungen! Das sind bundesweite "Spitzenergebnisse.

"Wir hatten mit vielen Besuchern gerechnet, aber dass wir rd. 50 Mieter*innen wieder wegschicken mussten, weil der Saal nicht mehr Menschen fasste -", so Hendrik Falkenberg, Ortsratsmitglied für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke, Aktivist bei GROBIAN und Mitglied des Prüfungsausschusses, "damit haben wir nicht gerechnet." Rd. 200 Mieter*innen kamen zu dem Treffen und wollten sich die Vorschläge von GROBIAN, GiG und Mieterbund anhören:

* Der Prüfgemeinschaft beitreten und diese ermächtigen, in ihrem Namen zu handeln. Die Prüfgemeinschaft wird namens aller beigetretenen Mieter*innen Widerspruch zu den Nebenkostenabrechnungen einlegen und exakte Nachweise verlangen.

* Sofort die Einzugsermächtigung (SE-PA-Mandat) kündigen und einen Dauerauftrag in Höhe der alten Mietzahlung einrichten (entsprechende Vordrucke lagen bereit).

Eine teilnehmende Mieterin, auch Aktivistin bei GROBIAN, berichtete, dass sie seit 2016 keine Nebenkostennachzahlung bzw. erhöhte NK-Vorauszahlungen mehr gezahlt habe, weil die LEG und zuvor die ADLER AG nicht in der Lage waren, wirklich exakte und nachvollziehbare Abrechnungen vorzulegen (Wann hat welcher Hausmeister wo etwas getan? etc.)

In den Tagen und Wochen zuvor gab es eine breite öffentliche Berichterstattung im GT, in der HNA, in SAT 1 und im NDR, die alle auf den Termin am 8. Januar hingewiesen hatten. Ausgelöst wurde diese Berichterstattung natürlich durch die astronomisch hohen Beträge der Nachzahlungen. Hierdurch wurden - neben der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke - auch Grüne und (einen Tag zuvor) die SPD-Grone aufgeschreckt, die sich mit Gesprächen und Presseerklärungen erst einmal an die Seite der Mieter*innen stellten. Aber auch die Stadtverwaltung von Göttingen fühlte sich erstmals angesprochen, da doch ein erheblicher Teil der Bewohner*innen der LEG-Häuser Transferleitungen bezieht. So nahm auch die Sozialdezernentin der Stadt, Frau Krause,

ür den Zeitraun ses Schreibens	n 01.01.2022 - 31.12	2.2022, EII	ie
Kosten	Vorauszahlung	Saldo	(EUR)
1.930.63	2.412,00	481,37	Guthaben
53.022,68	816,00	52.206,68	Nachzahlung
		51.725,31	Nachzahlung
ammen:			
Miete (EUR)	neue Miete (EUR)	Veränderung (EUR)	
546,59	546,59	A 15 (18)	
201,00	201,00		
111,00	5.745,00		5.634,00
858.59	6.492.59		5.634.00

Auch das gab's per Post: 51.720 Euro Nachzahlung, künftige monatl. Miete: 6.500 Euro

Hier hat die LEG ihren Quatsch noch selbst gemerkt: Diese Abrechnung wurde ein paar Tage später widerrufen – auf "nur noch" rd. 3.500 Euro

an der Versammlung teil und erläuterte, was die Mieter*innen, die die verlangten Nachzahlungen nicht begleichen können, jetzt machen sollten: "Formlose, fristwahrende Anträge" an die Stadt stellen! Und: Die Frage eines Beitritts der Stadt zur Prüfgemeinschaft wolle sie rechtlich prüfen lassen.

Lange Schlangen bildeten sich vor den Tischen, an denen die Mieter*innen der Prüfgemeinschaft beitreten konnten. Nicht alle, die das wollten, konnten dies an diesem Abend tun. Aber das wurde bereits fortgesetzt: Seit dem 10. Januar werden von den Stadtteilgruppen wöchentliche "Sprechstunden" abgehalten, wo weitere Mieter*innen beigetreten sind – inzwischen über 400 Mieter*innen! Fazit: "Das war wohl die größte und damit erfolgreichste Aktion im Bereich der LEG, die auch über Göttingen hinaus Mut macht, sich hier weiterhin einzusetzen", so noch einmal Hendrik Falkenberg. (gs)

Das Winterkino Grone

19. Februar 2024:

"Vater & Sohn kommen nach Lappland …" **

Erschöpft erreichen der chinesische Koch Cheng und sein Sohn Niu Niu das abgelegene Dorf

Popojan in Lappland. Sie suchen eifinnischen Freund Chengs, nen der ihm nach dem Tod seiner Frau geholfen hat. Aber niemand kennt "Fongtron". Nur Cafébesitzerin Sirkka bietet Cheng Unterkunft und Hilfe an.



Filmtitel aus Lizenzgründen verfremdet

Die barrierefreien Vorstellungen beginnen um 19.00 in der JONA-Gemeinde, Deisterstraße (Eingang gegenüber dem NBZ) Einlass 18.30 Uhr / 2,00 Euro für einen Verzehrbon / (Getränke & kulinarische "Filmhäppchen" werden gereicht





im Kreistag Göttingen

Kreistagsfraktion 2024

Nachdem es bereits im vergangenen Jahr zur Spaltung der Partei Die Linke gekommen war, hatten sich auch bei unserer Kreistagsfraktion Änderungen ergeben. Zunächst entschloss sich die Fraktion, ihren Namen in Linke für Vernunft und Gerechtigkeit zu ändern, da der bisherige Name nicht nur etwas unpassend geworden war – es war ja der einer nunmehr konkurrierenden Partei - sondern auch nicht mehr für ein politisches Erfolgsmodell stand.

Im Zuge dieser Umbenennung kam es dann durch den Austritt von Thomas Goes zu einer Absplitterung von der Fraktion, durch die es erforderlich wurde, die Aufteilung der Arbeit und den einzelnen Gremien neu zu verteilen. Diese wird nun von den in der Fraktion verbliebenen Abgeordneten Eckhard Fascher und Andreas Gemmecke mit übernommen, die Besetzungen im Einzelnen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen. Die Stellvertretung erfolgt jeweils durch das andere Fraktionsmitglied.

Nach der jahrelangen Lähmung und kommunalpolitischen Inaktivität des Kreisverbandes der Partei Die Linke haben die Kreistagsfraktion und die kommunalen Mandatsträger in den Gemeinden nun in eine neue Rolle zu finden, um für die Bürger vor Ort sichtbar zu werden. Dabei werden wir an unsere Schwerpunkte der vergangenen Wahlperioden anknüpfen und den Fokus wieder auf die Sozialpolitik und andere klassische linke Themen lenken, die in der Restpartei bekanntlich keine Rolle mehr spielen.

Kreisausschuss	Andreas Gemmecke
Ausschuss für Finanzen und öffentliche	Eckhard Fascher
Einrichtungen	
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen,	Andreas Gemmecke
Planen und Energie	
Ausschuss für Personal,	Eckhard Fascher
Organisationsentwicklung und	
Gleichstellung	
Jugendhilfeausschuss	Eckhard Fascher
Ausschuss für Kultur, Sport und	Eckhard Fascher
Partnerschaften	
Schulausschuss	Eckhard Fascher
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und	Eckhard Fascher
Integration	
Umweltausschuss	Andreas Gemmecke
Demografiebeirat	Andreas Gemmecke

Pressemitteilung vom 9.1.2024

Linke für Vernunft und Gerechtigkeit begrüßt Proteste der Bauern und anderer Gruppen

Die der neu gegründeten Partei Bündnis Sahra Wagenknecht nahestehende Kreistagsfraktion Linke für Vernunft und Gerechtigkeit und die Gleichener Ratsfrau Sylke Jarosch solidarisieren sich mit den protestierenden Bauern und anderen Teilnehmern aus der Wirtschaft, dem Gesundheitswesen "Pflegebündnis Göttingen" dem Transportwesen oder Dienstleistungsgewerbe. Diese fürchten um ihre Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Wirtschaft und damit um ihre

Kontakt

Linke für Vernunft und Gerechtigkeit im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66 Reinhäuser Landstr. 4 37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108 dielinke@landkreisgoettingen.de www.wastun-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr + Donnertag 14 bis 15.30 Uhr



wirtschaftliche Existenz und fühlen sich durch die Politik der Ampel-Koalition bedroht.

Aus Sicht der Fraktion zeigt sich, dass immer weniger Menschen bereit sind, den Preis für die Folgen einer desolaten Haushaltspolitik der Ampel-Regierung zu tragen und auf die Straße gehen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Eckhard Fascher: "Unser Landkreis braucht eine funktionierende Landwirtschaft, florierende kleine und mittelständische Unternehmen und eine ausgezeichnete Infrastruktur. Dienstleistungen müssen funktionieren. Die Landwirtschaft garantiert unsere Ernährungssicherheit. Das Haushaltsdesaster der Ampel und die selbst auferlegte Sparpolitik bedroht uns Alle."

Ratsfrau Sylke Jarosch "Der Mensch, der mit seiner Hände Arbeit die Gesellschaft am Laufen hält und dem Gemein- und Gesamtwohl gegenüber aufgeschlossen ist, sollte in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken und das Maß aller Dinge sein!"





Wähler*innengemeinschaft



IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Fortsetzung von Seite1

Es geht um mehr als Agrardiesel und KFZ-Steuer Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.



(...) wegen der oben genannten Bedingungen nach dem Motto "Wachsen oder Weichen" so stark abnahm. Ende 2020 gab es nach einer aktuellen Erhebung noch 263,500 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland.

Das sind über 185.000 weniger als noch 2001 - ein Rückgang um mehr als 40 Prozent. Und die Tendenz hält an. Im Landkreis Göttingen hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 4.750 im Jahr 1970 auf 933 in 2020 ver-

Für einen Umbau in eine sozialverträgliche und zukunftsfähige Landwirtschaft und eine Perspektive vor allem für junge Bäuerinnen und Bauern wird nicht weniger sondern mehr Geld benötigt. Entsprechenden Vorschläge von verschiedenen Kommissionen, der sogenannten "Borchertkommission" (Umbau der Tierhaltung) und der "Zukunftskommission Landwirtschaft" (Empfehlungen für die Schaffung eines nachhaltiges Agrarund Ernährungssystem) liegen seit 2023 auf dem Tisch und werden nicht umgesetzt. In diesen Kommissionen haben sich zum ersten Mal nach Jahrzehnten heftiger Gegnerschaft die unterschiedlichsten Akteure und Verbände aus den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Umweltpolitik an einen Tisch gesetzt und Pläne für den Umbau der Landwirtschaft erarbeitet, und das mit Zustimmung aller Beteiligten.

Mit den Empfehlungen der Borchert-Kommission sowie der Zukunftskommission Landwirtschaft liegen konkrete Konzepte vor, wie die notwendige Ökologisierung des Ackerbaus und der Umbau der Tierhaltung so gelingen kann, dass er mit wirtschaftlichen Perspektiven für die landwirtschaftlichen Betriebe verbunden ist. Dass es weder die derzeitige Bundesregierung noch ihre Vorgänger vermocht haben, diese Empfehlungen in nennenswertem Umfang umzusetzen, ist nicht nur ein gro-Ber politischer Fehler und eine bislang vertane Chance, sondern es ist auch eine der Ursachen für die aktuellen Proteste. Es fehlt seit vielen Jahren an einer mutigen und fortschrittlichen Agrarpolitik, die an den Interessen von Landwirtschaft, Verbraucherinnen und Verbrauchen und den Erfordernissen der Umwelt orientiert ist.

Aber weder die Versprechungen im Koalitionsvertrag noch diese Vorschläge werden umgesetzt. Auch nicht von dem aktuellen grünen Landwirtschaftsminister Özdemir. Nach dem Desaster bei den Haushaltsplanungen der Bundesregierung und den aktuellen Kürzungen bei KFZ-Steuer und Agrardieselverbilligung durch den FDP-Finanzminister Lindner wird das mit Sicherheit alles auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Staat kann durch Subventionen den Wandel abbremsen, aber nicht verhindern. Daher werden die landwirtschaftlichen Betriebe immer größer und das Höfesterben ist eine Dauererscheinung unseres Wirtschaftssystems. Wer am Höfesterben etwas ändern und die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe retten will. kommt nicht umhin, sich für ein anderes Wirtschaftssystem einzusetzen. (cs)

Unser Autor ist Mitglied der "Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft"

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2 37073 Göttingen www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch, Bärbel Safieh. Christa Siebecke, Rieke Wolters, Dr. Gülsan Yalçin

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock) Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr Mi: 13:00 - 16:30 Uhr Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz

Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),

Torsten Wucherpfennig





21, Febr., Holbornsches Haus, Rote Str. 34, Göttingen Gewerkschaften und ihre Antwort auf die Krisen

Mit: Richard Detie

Der Gegenwartskapitalismus ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl sich überlagernder, zum Teil wechselseitig verstärkender Krisenprozesse im ökonomischen und politischen Feld. In dieser Situation kommt den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu.







Pressemitteilung zum Bauausschuss vom 18.01.2024

Zu den Dringlichkeitsanträgen zur LEG

Zum 08. Januar haben engagierte Mieter*innen und im Stadtteil verankerte Gruppen zu einer Informationsveranstaltung aufgerufen. Es kamen hunderte Mieter*innen der LEG in Göttingen im Nachbarschaftszentrum Grone-Süd zusammen, um sich über die Möglichkeiten einer Prüfgemeinschaft zu informieren und dieser beizutreten. Als Göttinger Linke Ratsfraktion begrüßen wir dieses Vorgehen und sind dankbar und froh, dass so viele betroffene Mieter*innen erreicht werden konnten.

"Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich. Die Stadt muss den Menschen, die sich jetzt um die Sorgen der LEG-Mieter*innen kümmern, auch entgegenkommen. Unser interfraktioneller Antrag hätte die gebrauchte Unterstützung geliefert", kommentiert Fraktionsvorsitzender der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann bezüglich der Absage der Dringlichkeit. "Dass die SPD Ratsfraktion nicht dem Ortsverband der SPD Grone gefolgt ist - substanziell, schnell und unbürokratisch den Mieter*innen jetzt zu helfen - ist nicht nachvollziehbar. Parteipolitische Manöver sind zu unterlassen. Wir unterstützen die Ansicht der Oberbürgermeisterin Broistedt: Das Vertrauen der Mieter*innen

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock) Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter: Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros: Di: 10:00 - 12:00 Uhr Mi: 13:00 - 16:30 Uhr Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

in die LEG ist verspielt. Nur durch schnelles, zielgerichtetes Handeln kann Vertrauen aufgebaut werden", fügt er hinzu. "Vor drei Jahren sollte der Baubeginn eines Kindergartens nach städtebaulicher Vereinbarung mit der LEG sein, nichts ist passiert, obwohl die Menschen in Grone dieses Angebot dringend benötigen. Heizungen werden nicht repariert, Schimmel wird nicht entfernt. Die LEG ist eine Bedrohung für uns Göttingerinnen und Göttinger, sie haben Grenzen überschritten und müssen für ihren Angriff auf die Mieter*innen zur Rechenschaft gezogen werden", sagt Leßmann außerdem. Für uns ist klar: Die LEG hat kein Interesse daran, dass die Bedürfnisse der Menschen erfüllt werden. Und solche Unternehmen haben keinen Platz in Göttingen!

Ö6 "Mehr Toiletten für alle in der Innenstadt"

Fraktionsvorsitzender Jost Leßmann kommentiert: "Wir haben als Stadt eine soziale Verantwortung für alle Göttinger*innen. Nicht alle haben Geld für einen Toilettengang übrig, aber alle müssen irgendwann ihr Geschäft erledigen. Mit kostenlosen Toiletten an guten Standorten nehmen wir nicht nur mehr Einfluss auf die Sauberkeit unserer Stadt, sondern ermöglichen allen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse auch außerhalb der eigenen vier Wände. Die Verwaltung muss endlich ihre Verweigerungshaltung für mehr öffentliche Toiletten aufgeben und dem Willen der Politik nachkommen - gehe es nach der Wählerinnengemeinschaft Göttinger Linke natürlich kostenfrei."

Die sozialpolitische Sprecherin Nornia Marcinkiewicz ergänzt: "Viele Menschen werden massiv von kostenlosen, öffentlichen Toiletten profitieren. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, ältere und obdachlose Menschen, Eltern mit Kleinkindern und menstruierende Menschen erfahren durch fehlende Toiletten eine Benachteiligung, die wir nicht so einfach hinnehmen können."

Ö8 "Verkaufsexposé für die Immobilie der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Göttingen"

Letztes Jahr hat die Mehrheit durch das Haushaltsbündnis den Verkauf der stadteigenen Immobilie beschlossen und ebnete damit den Weg für Gentrifizierungsprojekte und eine investor*innengetriebene Innenstadt. Als Göttinger Linke Ratsfraktion setzen wir uns für den Erhalt öffentlicher Gebäude ein und werden weiter für eine verantwortungsvolle Nutzung des Gebäudes kämpfen.

"Schon jetzt stehen gewerbliche Räume in dem Gebiet leer. Was es braucht sind geförderte Programme für den sozialen Zusammenhalt, wie es sich die Stadt auch zum Ziel gesetzt hat", sagt der Fraktionsvorsitzende und baupolitische Sprecher der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann in Bezug auf den drohenden Leerstand im Carré und im ganzen Viertel. "Wenn die Stadt keine Verantwortung für das Gebäude übernehmen möchte, dann sollte sie die Immobilie der Initiative des Sozialen Zentrums überlassen", fügt er hinzu.

"Es fehlen Orte, von denen alle Göttinger*innen profitieren - auch ohne Konsumzwang. Die Stadt hat die Möglichkeit, so ein Projekt mit der Initiative des Sozialen Zentrums zu realisieren", sagt die sozialpolitische Sprecherin Nornia Marcinkiewicz. "Der geplante Verkauf des stadteigenen Gebäudes in der Innenstadt birgt die Gefahr, dass hohe Sanierungskosten zu übermäßig teuren Nutzungskosten führen. Wir setzen uns dafür ein, die sozialen Auswirkungen dieser Entscheidung im Blick zu behalten", ergänzt sie.